

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Inserions-, Gebühr für den Raum einer sechshülligen Zeitzeile 1½ Sgr.

Das vierjährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Att. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Att. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N° 204.

Donnerstag den 25. Juli

Beitrag.

1850.

** Telegraphische Depesche.

Berlin, den 24. Juli. Wir erfahren, daß die Ratifikation des Friedens-Traktates mit Dänemark nicht ausgewechselt werden, weil nicht alle Bundesregierungen ratifiziert haben. Preußen soll vorschlagen haben: der noch immer fungirenden Bundes-Central-Kommission die Vollmacht für die Ratifikation zu übertragen.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Sonder-Gesetze.

Paris, den 22. Juli. In der Legislativen Versammlung des Unterrichts-Budget. Für die Vertagungs-Kommission wurden gewählt: die Generale Chaligny, Lamoriciere, Lepinasse, St. Priest, ferner Molé und Odilon Barrot.

Der Präsident empfiehlt den Präfekten, für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen Sorge zu tragen.

3% 58. 40. 5% 96. 70.

Neapel, den 15. Juli. Die französische Flotte ist heute in südlicher Richtung abgezogen.

Hamburg, den 23. Juli. Stille Börse. Berlin-Hamburger 87 1/2. Köln-Minden 95 1/4. Magdeburg-Wittenberge 57 1/4. Nordbahn 41. London 13 Pf. 15 1/2 S.

Amsterdam 35. 85.

London, den 22. Juli. Consols 96% bis 9 1/4.

Überblick.

Breslau, 24. Juli. In Berlin sind die Diplomaten thätig und deshalb ist von da nichts zu melden. — In Stettin ist am 23. Juli der Sohn des Prinzen Carl, Prinz Friedrich Carl von Preußen, aus Petersburg zurück eingetroffen. Unterwegs begleitete das Dampfschiff, auf dem er fuhr, einer russischen kleinen Eselade von 3 Kriegsschiffen, auf welcher sich der Großfürst Konstantin befand, der dem preußischen Prinzen einen kurzen Besuch abstattete.

Der alte sächsische Landtag zu Dresden hat am 23. Juli eine Sitzung gehabt, in welcher sich die Präsidenten in trocknen Reden ergingen. Der Minister teilte mit, daß der Senat der Universität Leipzig einen Deputierten gewählt habe, was insoweit unrichtig ist, als nicht die Senat die Wahl vollzogen, obwohl er allein zu einer solchen berechtigt ist, sondern eine Minderzahl von Professoren die trotz des zweimaligen gegenständigen Beschlusses des Senates doch wählten. — Der Landtag wählte hierauf die Ausschüsse.

Der Kurfürst von Nassau hat schon wieder den Großherzog von Baden besucht.

Der Großherzog von Oldenburg hatte am 22. (also am Tage vor dem Schlusstermin) den dänischen Frieden noch nicht ratifiziert.

Die Abgeordneten-Kammer zu München hat am 20. Juli die Schlusssitzung gehabt. Der Präsident hielt noch eine warme Rede für Schleswig-Holstein, und die Kammer wurde hierdurch so entflammmt, daß sie für Schleswig-Holstein aufgestanden ist, d. h. nicht etwa revolutionär, sondern sich nur von ihren Söhnen erhoben und dadurch die Herzogthümer gerettet hat. Die Minister schwiegen. Fürst Waldersee fordert sie zum Reden und Handeln für Schleswig-Holstein auf, aber der Minister schwieg.

Trotz dieses Schweigens der Minister wird die Theilnahme des deutschen Volkes für Schleswig-Holstein eine immer allgemeineren, die Vereine und Komitees werden immer zahlreicher, der vielen Privatsammlungen nicht zu gebieten. In vielen Gegenden gehen Männer von Haus zu Haus, und selbst die Kermits steuern zu diesen Kollektiven ihr Vermögen bei.

In Schleswig-Holstein geht es vorwärts. Am 21. Juli hat das erste ernste Vorpostengefecht stattgefunden. Das alte holsteinische Jägerkorps geriet mit einem dänischen Streikorps zusammen. Man schlug sich, bis die Dänen mit Rücklassung eines Munitionskolonne wichen, wohlbewußt aber ihre Verwundeten und Toten mitnahmen. Die Holsteiner hatten 20 Tote und Verwundete.

General Willisen hat sein Hauptquartier eine Meile weiter vor nach dem Schloss Falkenberg verlegt und von hier aus eine Proklamation „an die Soldaten“ erlassen, die besagt, daß der Augenblick der Entscheidung gekommen sei. (Der Hauptinhalt ist bereits vor 3 Tagen durch teleg. Depesche mitgetheilt worden.) In der That stehen sich die beiden Heere so nahe, daß ein Hauptkampf unvermeidlich ist.

Auch schreiben die Dänen mit vieler Kühnheit vorüber, und zwar namentlich auf der westlichen Seite. Ihre Vorposten stehen hier schon bei Wredenstadt, Haseldorf und Bööl, so daß man anzunehmen verucht wird, sie wollen den linken Flügel der Holsteiner umgehen und den General Willisen an die Ostküste drängen, um ihn hier zwischen zwei Feuer (durch Kriegsschiffe und Landungstruppen, sowie andererseits durch die Haupt-Landarmee) zu nehmen. An der östlichen Küste stehen die dänischen Vorposten weiter zurück, doch sind sie schon bis Kappeln vorgebrungen. — General Willisen hat bereits den jungen Rekruten in Kiel Marschordre ertheilt. — Die Dänen wünschen in den von ihnen besetzten Landesteilen gegen alle Deutsch gefrontet.

Auf zur See hat sie der Kampf entsponnen. Am 19. stritten 2 holsteinische Kanonenbatterien gegen 2 dänische; letztere mußten sich nach 1½ stündigem Gefecht mit bedeutenden Beschädigungen zurückziehen.

In der Nacht vom 21. zum 22. Juli fand ein Segefecht zwischen Bööl und Friedrichsort (im Kieler Meerbusen) statt. Die holsteinischen Dampfschiffe und Bööl nebst 2 Kanonenbooten griffen das dänische Kriegsschiff „Dolger Danske“ (dem später noch eine dänische Fregatte zu Hilfe kam) an, so daß nach einer lebhaften Kanonade sich das dänische Kriegsschiff mit 5 Kugeln im Rumpf zurückziehen mußte.

Über die heroische That des Lieutenant Lange, Kommandanten des holsteinischen Dampfkanonenbootes „von der Tann“, mag sich der Leser einen sehr interessanten Bericht unter dem Datum „Böök, 22. Juli“ nachlesen.

Die Kommission, welche die Nationalversammlung zu Paris während ihrer Vertragsvertretung soll, ist gewählt, und zwar: die Generale Chaligny, Lamoriciere, Lepinasse, Priest und dazu noch Molé und Odilon Barrot. — Der Präsident Napoleon will sich bei den Arbeitern beliebt machen und bestrebt, die Arbeiter-Wohnungen in guten Stand zu setzen.

Der Gnadenakt des Kaisers von Österreich wurde am 23. zu Wien publiziert, er beruft 209 ungarische Deputierte und Kommissare, den Grafen Batthyány und den ungarischen Deputierten Kubinyi. — Der oberste lombardische Gerichtshof wird von Verona nach Wien verlegt werden.

Die französische Flotte ist am 15. von Neapel abgezogen.

Breslau, 24. Juli.

In Schleswig-Holstein hat der neue und — Gott gebe es — letzte Entscheidungskampf bereits die ersten Opfer gefordert. Schon wieder düngen frisch gefallene Heldenleichen den Boden, welcher ihnen so wie uns der vaterländische ist. Während wir dieses schreiben, droht vielleicht schon der Donner einer Schlacht und ringt die einzige treuherzige deutsche Wacht mit dem Reichsfeinde um die Unvergleichlichkeit ihrer, so wie unserer Grenzmarken, um die Rechte ihres kleinen Landes, so wie um die Ehre und das Recht des ganzen großen Vaterlandes.

Mit dem bangen Zagen, mit der febrilasten Spannung, mit der glühenden Ungeduld des Gefangenen, welcher hinter Festungsmauern dem fernem Dröhnen der Schlacht lauscht und je nach den stärker oder schwächer Hallen der Geschütze hochplauderndes Herzogen den Fahnen der Söhnen im Geiste zum Angriff folgt oder ihren Rückzug mit ohnmächtigem Kummer begleitet, lesen wir die Kriegsberichte aus Schleswig-Holstein, lesen wir von den Spuren thätefiger Sympathien im ganzen Deutschland.

Nicht bloss die menschliche Theilnahme an dem Schicksal eines edlen, unterdrückten Volksstammes, nicht bloss die nationale Sympathie mit dem heldenmäßigen Kampfe eines Brudervolkes, nicht einmal bloss die Sorge um den Verlust eines gesogenen deutschen Landes, um die Aufgabe einer der wichtigsten Grenzpositionen, um das Eindringen feindlicher Herrschaft bis in das Herz von Deutschland bewegt in diesem Augenblicke unser Gemüth.

Nicht bloss die menschliche Theilnahme an dem Schicksal eines edlen, unterdrückten Volksstammes, nicht bloss die nationale Sympathie mit dem heldenmäßigen Kampfe eines Brudervolkes, nicht einmal bloss die Sorge um den Verlust eines gesogenen deutschen Landes, um die Aufgabe einer der wichtigsten Grenzpositionen, um das Eindringen feindlicher Herrschaft bis in das Herz von Deutschland bewegt in diesem Augenblicke unser Gemüth.

Die treue alte Sitte, die unerschütterliche Ausdauer, die holdmäßige Tapferkeit des schleswig-holsteinischen Volkes hat sich bereits genug bewährt, um mit Ruhe und Zuversicht dem Ausgang eines Kampfes entgegen schen zu dürfen, welcher nun zwischen Dänemark und den Herzogthümern ausgefochten wird. Ein gewaltthäftiges Einbrechen fremder Mächte verlegt vereilt in so schreiende Weise — von unsrer Söhne ganz zu schweigen — auch unsere heiligsten nationalen Interessen, daß wir für diesen Fall an ein ruhiges Zuschauen selbst der gegenwärtigen deutschen Regierungen, selbst des gegenwärtigen verfassunglosen, zerstörerischen Flammen nationales Begeisterung zu einem Rausch und unvorderbar Trunkenheit stampfen.

Was wir rätsle, weiß mehr jener Zeit, wo Ihr zu Tausenden Gut und Blut gelebtet, wo der Gesang „Schleswig-Holstein meerumschungen“ von einem Ende Deutschlands zum anderen wiederhallte, wo wir zum ersten Male nach langer Zeit wieder fühlen konnten, daß es ein Deutschland gebe, daß die Deutschen eine Nation sein könnten?

Ihr mögt den Rausch der Begeisterung vielleicht verschlafen haben — die Geschichte wird Eure ererbtheitlichen Enkel noch daran erinnern, wenn Ihr jetzt durch laue Trägheit die selten aufgedrohten Flammen nationales Begeisterung zu einem Rausch und unvorderbar Trunkenheit stampft.

So tausendfach, so freitlich hat das deutsche Volk für Schleswig-Holstein sich verpflichtet, daß jede Entschuldigung, jede Aussicht vor der unerbittlichen Wahnsinn der Geschichte verschwinden muß, wie der Nihil vor der Sonne zerfällt.

Wenn Schleswig-Holstein siegen sollte ohne Deutschlands Hilfe, oder wenn es siegen sollte trotz Deutschlands Unfähigkeit, dann wird die Schande unauslöschlich sein, die an den deutschen Namen sich hestet und die deutsche Freude zum Spottwort werden, wie einst die punische Treu es war.

Selten hatte eine Nation ein so klares Recht zu wahren, wie Deutschlands Recht gegen den Dänen, nie eine heiligere Schuld abzutragen, als Deutschlands Verpflichtung gegen Schleswig-Holstein und — gleichsam als wollte das Schicksal unsre ganze Ehre auf einen Wurf sezen, als wollte es — wenn wir in dieser Sache fallen, unser Fall unverzerrlich machen — selten war ein so klares Recht so leicht zu wahren, eine so heilige Pflicht so leicht zu erfüllen!

Nicht unser Blut wird gefordert, die wir doch oft genug Gut und Blut verpfändet haben, unsere Regierungen haben es übernommen, die Last dieses Gelöbnisses von uns abzunehmen, die Verantwortlichkeit seiner Erfüllung auf sich zu nehmen.

Schleswig-Holstein erfüllt mit dem Blute seiner Kinder, was wir versprochen.

Wie aber vermögen unsere Schuld mit einem ärmlichen Atmosen abzuzahlen. Schleswig-Holstein wird siegen im Kampfe gegen Dänemark, so lange ihm die Mittel zur Kriegsführung zu Gebote stehen, die Mittel, welche Dänemark durch die Gunst der Großmächte gesichert sind. Diese Mittel, und nichts weiter, erwartet es von Deutschland. Diese Mittel kann ich gewähren, bedenkt wie keiner Regierung, kann keine Regierung, kann nicht einmal eigener Mangel, sondern nur die schämlichste Trägheit uns hindern.

Schleswig-Holsteins Hilfsquellen werden unerschöpflich sein, wenn jeder Deutsche ein Scherstein sei, es auch nur in Pfennigen beisteuert.

Dass Schleswig-Holstein dennoch aber einmal in die Lage kommen könnte, aus Mangel an Hilfsquellen einen schwachwilligen Frieden schließen zu müssen, das ist ein Gedanke, bei dessen Möglichkeit wir zittern, ein Gedanke, bei welchem jeder Patriot sein Haupt verhüllen muss! Und das wie Einzelne uns ohnmächtig führen müssen gegenüber der Apathie unserer Nation, das drückt schwerer, als die Kette des Gefangen.

Selten, vielleicht nie in der Geschichte, hat eine Nation sich so mit tausend Banden des geschriebenen wie des natürlichen, des historischen wie des neuen Rechts, der Sittlichkeit wie der Ehre zu einer Schuld verpflichtet, wie Deutschland sich dem Rechte der Herzogthümer verpflichtet hat.

Ein Zeitraum von vier Jahren ist verstreichen, seit das Recht Schleswig-Holsteins zur Streitfrage geworden ist. Regierungen, Systeme, Verfassungen sind zwischwisch umgestürzt und wieder aufgerichtet, die Fundamente der alten Ordnung erschüttert und wieder festgesetzt worden, was aber niemals umgestürzt, niemals von Deutschen in Zweifel gezogen worden ist, das ist — das Recht Schleswig-Holsteins.

Von dem starken vorläufigen Bundestage an bis zu den heutigen Regierungen, welche mit einem Fuße bereits wieder die Schwelle des Eschenheimer Palastes überschritten haben, hat der Strom einer aufgewühlten Zeit Vertreter fast aller Parteien der Nation einmal an das Alter der Regierung gebracht, aber wie aus im Innern und nach außen die Systeme gewechselt und wieder verändert worden, was aber niemals umgestürzt, niemals von Deutschen in Zweifel zu ziehen gewagt.

Von dem Bundesbeschuß vom 17. Septbr. 1846 bis zum Friedensvertrage vom 2. Juli d. J. haben also in dieser Sache ergangenen öffentlichen Akte die Wahrung der Rechte Deutschlands und des Herzogthümers enthalten.

Wollt Ihr etwa, Ihr Ultra-konservativen, die Sache Schleswig-Holsteins mit der Sache der Revolution in ein Verdammungsbüchlein zusammenschließen? Die Geschichte wird Euch den Bundesbeschuß vom 17. September 1846 vorhalten und Euren angeblichen Konservativismus in dieser Sache als Heuchelei brandmarken. Oder wollt Ihr, die Ihr Euch Volksmänner nennet, die Last der Verantwortlichkeit auf die Schultern der Regierungen schieben? Die Geschichte wird die prahlerischen Ver-

schlüsse Eurer Kammern verzeichnen und Euch ein strenges Zeugnis der inneren Hohlheit und grosssprecherschen Wortbrüchigkeit aufstellen. Ihr aber, die Ihr die Sache der konstitutionellen Freiheit auf Euer Panier geschrieben, wollt Ihr etwa Eure pfiffige Mischung durch die direkte Schuld der Regierung bemühten? Die Geschichte wird nicht vergessen, daß auch Ihr einmal am Ruder gewesen, daß auch Ihr Euch Schleswig-Holstein in Frankfurt und Berlin feierlich verpflichtet, und einen Theil Eures Schuld noch abzutragen habt! Ihr aber, die Ihr jedem Ministerium und dem gegenwärtigen insbesondere huldigt und in übertriebenem Zartgefühl die hilfsehne Hand dem kämpfenden Bruderstamme verweigert, weil Ihr in dem schwierigen Blüte Eurer Herren und Meister eine Wolke der Missbilligung zu entdecken wähnt: Habt Ihr schon vergessen, daß der Friede nur deshalb geschlossen wurde, weil Deutschland die preußische Regierung im Stiche gelassen und um die bisher allein getragene Verantwortlichkeit auf die Schultern Alter zu legen?

Ihr Royalisten endlich, die Ihr das Recht nur in dem Willen Eures Königs findet: gedenkt Ihr nicht jenes inhaltsschweren Briefes, welcher die Herzogthümer zum Kampfe ermunterte und Ihr Recht voll, kräftig und unzweideutig anerkannte?

Ihr Alle aber, die Ihr jemals mit Euren Gedanken die Schranken Eures engen Hauswesens übersehen habt, gedacht Ihr nicht mehr jener Zeit, wo Ihr zu Tausenden Gut und Blut gelebtetet, wo der Gesang „Schleswig-Holstein meerumschungen“ seit gestern wieder auf seinem Posten eingetroffen. — Dem Vernehmen nach hätte auch die Kurhessische Regierung hier eine Bewährung gegen den Ausmarsch der badischen Truppen und ihre Garnisonierung in Preußen nothwendig lassen lassen. — Der Wiederaufstand v. Böhl aus Schwerin ist hier, wie man glaubt in Angelegenheit der auf mecklenburgischem Gebiet zu erwartenden preußischen Truppenkörper.

Am 21. d. Ms. kamen hier 703 Personen an und reisten 618 ab. Abgereist der französische Kabinets-Kourier Lafont de la Berned nach Petersburg.

(C. C.)

Man erwartet im Laufe der nächsten Woche im Schlosse Sanssouci einen hohen Besuch. Die Frau Erzherzogin Sophie wird, dem Vernehmen nach, vom Schlosse Pillnitz aus, auf zwei Tage nach Sanssouci kommen, um ihrer Schwester, unserer Königin, den Besuch zurückzugeben, welchen Höchstadelie im November v. J. in Wien abstattete. Es würde die hohe Frau die erste Erzherzogin von Österreich sein, welche wir bis her an unserem Hofe haben.

* In den Berliner Blättern, namentlich in der Vossischen Zeitung, hat sich in den letzten Wochen eine polemische Entspannung, die, wenn sie, wie es ganz den Anschein hat, weiter fortgeführt werden sollte, zu interessanter Aufschlüsselung über die Märschte des Jahres 1848 zu führen verspricht. Zunächst gilt es dem Berliner Magistrate, dessen Verhandlungen in den Tagen nach dem Kampfe von einem „Unus pro multis“ einer scharfen Kritik unterworfen wird. Wir sind eben keine Freunde eines unnötigen Aufwühlens der Vergangenheit, aber gewissen Leuten, die jetzt ihre konservative und royale Gesinnung mit einer unerträglichen Prahlerei zur Schau tragen, ist es zu gönnen, wenn sie durch Vorhaltung ihrer vergangenen Sünden daran erinnert werden, daß sie alle Ursache haben, befreiden zu sein.

Stettin, 23. Juli. [Tagesneuigkeiten.] Heute Morgen 9 1/2 Uhr kehrte der „Preußische Adler“ von seiner 5. Fahrt zwischen hier und Konstanz zurück. Unter den Passagieren hielt er befindet sich der Prinz Friedrich Karl von Preußen, Sohn des Prinzen Karl, den noch einem zweijährlichen Aufenthalt in Russland der Kaiser nebst dem Thronfolger bei regnigtem Wetter debus Einführung an Bord des „Adler“ geleiteten. — Auf der Hinreise passierte der „Adler“ in der Gegend von Dagoe zehn russische Kriegsschiffe und auf der Rückreise traf dieselbe Sonntags Morgens zwischen 4 und 5 einem russischen Kriegsdampfer und zwei Fregatten, deren Kommandeur, der Großfürst Konstantin, dem Prinzen Friedrich Karl einen kurzen Besuch an Bord des „Preußischen Adler“ abstattete. — Im Gefolge des preußischen Prinzen befanden sich außer seiner gewöhnlichen Dienerschaft zwei Kofacken als Wärter für zwei vom Kaiser ihm geschenkte kostbare Pferde.

(Ostsee.)

Köln, 22. Juli. [Für Schleswig-Holstein.] Nachdem nicht allein jede Aussicht auf friedliche Rechtsgewährung von Seiten der Dänen geschwunden, sondern nach den neuen Nachtheiten der Waffenkampf in Vorpostengefechten und Begnahe von Schiffen bereits thatsächlich begonnen hat, ist auch für diejenigen, welche den vorlängigen Ausbruch des Kampfes abwarten wollten, die mit Unterstüzung-Aufrufen hervorruften, der Augenblick des Handelns gekommen. Die hier in Köln auf die ersten Anregungen vorläufig zusammengetretenen veröffentlichen heute ihren Aufruf und die ersten Zeichnungen. Auch von anderen Seiten her, z. B. von Bielefeld, Dortmund, Hamm icc., vernehmen wir die Bildung von Comités. — Insbesondere zeichnet sich Hannover durch rasche Ausbreitung der Vereine über das ganze Land aus. Aus Hildesheim, Lüneburg, Emden, Oldenbüttel, Cuxhaven u. s. w. berichten man die Verzweigung über fast alle irgend bedeutenden Nachbarstädte. Vorsichtigweise eröffnet sich Ostfriesland und das Land Hanno vergeblich. Bremen schreibt man der Btg. f. Nord. aus Dorum eis. Im ganzen Bremerschen ist die Teilnahme für Schleswig-Holstein gleich groß, allenfalls bilden sich Hilfsvereine. Am 15. war von neuen Kirchspielen des Landes Wursten eine Versammlung in Dorum und wurde ein Aufruf beschlossen, auch von den zahlreichen Theilnehmern sofort von jedem 2. Riedl. und außerdem wöchentlich 1 Ggr. gezeichnet. In jedem Kirchspiel sind drei gewählt, die von Haus zu Haus gehen, und sowohl die einmaligen, als auch die Unterzeichnungen für wöchentliche Beiträge werden nicht unbedeutende Summen liefern.

aus Crefeld 603 Mark Banco nach Kiel abgegangen. In Münster hat sich unter G. v. Vincke's Vorsitz ebenfalls ein Comités gebildet. — Aus Weimar schreibt man unterm 20. Juli: Für die schleswig-holsteinische Sache zeigt sich auch bei uns die rechte Theilnahme. Ein Centralhilfcomité für Thüringen, das sich in Jena gebildet, hat einen Aufruf an die Bewohner Thüringens erlassen und fordert zu einem Verfahren auf, welches darin besteht, daß in allen Gemeinden Männer zusammenzutreten, welche alle Sonnabende von Haus zu Haus gehen und den Beitrag einsammeln, der aber nie einen Dreier übersteigen darf. — In Gotha hatte ein Mitglied des Landtags den Antrag gestellt, 1000 Rthl. aus der Staatskasse für Schleswig-Holstein zu bewilligen. Als der Minister jedoch anzeigen, daß die schleswig-holsteinische Regierung eine Forderung von 20,000 Rthlen. als Entschädigung für die Verpflegung des im vorigen Jahre in Schleswig stationirt gewesenen Reichscontingents gestellt habe, zog der Abgeordnete seinen Antrag zurück, in der Hoffnung, daß die Regierung die Stände zur Genehmigung der Auszahlung jener Forderung veranlassen werde, was ohne Zweifel keinen Widerspruch finden werde. — Schließlich haben wir noch eines Aufrufs eines Soldaten der hannoverschen Armee, welche in den Jahren 1848 und 1849 den Feldzug in Schleswig-Holstein mitgemacht, an seine Kameraden zu

Deutschland

Stuttgart, 19. Juli. [Die Politik unsers Vaters-
landes] schweigt. Die Wahlen sind wegen der bevorstehenden
Ernte noch nicht ausgeschrieben und man beschäftigt sich von
Seiten der Regierung mit dem Verfassungsentwurf, welcher der
Kammer vorgelegt werden soll, von Seiten des Volkes mit der
schleswig-holsteinischen Frage, die hier stets lebhafter Gesprächs-
themen war. Von unserer Stellung nach außen ist im Au-

Erste Kammer.
1. Gesuchung-Nutztus. Wein-Johann v. Kriesen, v. Wels-

1. Gelehrten-Ausschus: Prinz Johann, v. Giesen, v. Weier, v. Biedermann, Henrig.
2. Finanz-Ausschus: Starcke, v. Römer, v. Schönberg-Bibra, v. Wossdorf, Graf v. Nossiz-Wallwitz.
3. Ausschus für ständische Anträge: Präsident v. Schönfeld, v. Heinz, Wimmer, v. Polenz, v. Behmen auf Strauchi.
4. Ausschus für Petitionen und Beschwerden: Gottschalch, v. Meisch, v. Erdmannsdorf, Müller, Graf Einsiedel-Wallwitz.

I. Gesetzgebungs-Ausschus: Pitzen Johann v. Biedermann, Heinrich.

- Gesekungs-Ausschus: Prinz Johann, v. Griesen, v. Welt,
v. Biedermann, Heintz.
Finanz-Ausschus: Starke, v. Römer, v. Schönberg-Bibran,
v. Wachdorf, Graf v. Nossiz-Wallwitz.
Ausschus für ständische Anträge: Präsident v. Schönfels,
v. Heinz, Wimmer, v. Polenz, v. Behmen auf Strauchig.
Ausschus für Petitionen und Beschwerden: Gottschald,
v. Melsch, v. Erdmannsdorf, Müller, Graf Einsiedel-
Volkenburg.

Verbindung steht und das österreichische Vasallenhum am Bunde mit öfflicher Hand in Stande.

- Zweite Kammer.**

 - Gesetzgebungs-Ausschuss: v. Eriegern, Scheibner, Schäfer, Dehme, Lehmann, Kunzsch, Heyn.
 - Finanz-Ausschuss: Meisel, Vanderbeck, Whitfield, von der Planitz, Huth, Sachse, Rittner.
 - Ausschuss für ständische Anträge: Kleeberg, Dehmichen, Reichenbach, v. Geschwitz, Stockmann, Lehmann.
 - Ausschuss für Petitionen und Beschwerden: Krebschmar, Beutler, v. Schönfels, v. Nositz, Zimmermann, Siegert, Hilpert.

Leipzig, 23. Juli. [Wahl.] In einer gestern abgehaltenen Sitzung des akademischen Senats wurde eine Verordnung des Kultusministeriums vorgetragen, in welcher dasselbe erklärt, der politischen Überzeugung des Einzelnen keinen Zwang anzuheben zu wollen. Wer an der Wahl eines Deputirten sich nicht bekehlen will, möge es unterlassen, wer aber wählen wolle, dürfe nicht behindert werden; die Frage, ob der gewählte Deputierte rechtmäßig gewählt sei oder nicht, unterliege der Kompetenz der Kammer, und sei daher sofort die Wahl zu veranstalten. Die Vertreter der Majorität erklärten, eine Wahl der Minorität sei allerdings faktisch nicht zu verhindern, es komme aber darauf an, daß darüber nirgend ein Zweifel entstehen könne, daß der Beschluß des Senats, nicht zu wählen, aufrecht erhalten sei.

Ideen und Postulate, daß man nicht im entferntesten hoffen kann, sie werde sich dem Linden'schen Verfassungsentwurfe, der die Aufnahme der Grundrechte, soweit sie jetzt noch brauchbar sind (was freilich wenig heißt), verspricht, auch nur annähernd unterordnen. Sie wird den M. Mohl'schen Entwurf in der Hand, die Reichsverfassung fort und fort postuliren, ob ein Reich besteht oder nicht, und den Grundsatz Voge's nicht vergessen, daß man auch das Beste, wenn es von dieser Seite kommt, verwerfen und zurückweisen müsse, um die Zeit der neuen Revolution desto früher anbrechen zu sehen. So stehen wir auf völlig unterhöhltem Boden. Der König geht nicht mit den Ministern, die Minister nicht mit dem Volke und die Parteien im Volke hassen sich gegenseitig so tief, haben so wenig Vertrauen in die ehrlichen Absichten des Gegners, daß wir längst wieder einen Zusammenstoß erlebt hätten (an Anlaß hat es wahrlieh nicht gefehlt), wenn nicht das ganze Volk, von der höchsten Aristokratie bis in die untersten Schichten herab, so sehr erschlaft wäre, daß ihm selbst zu den wichtigsten Akten des inneren Gemeindelebens die Energie fehlt. Die Zahl der Nichtwähler wird auch diesmal, obgleich man die Erntezeit vermeiden will, ungeheuer groß sein, und nur eine Minorität, die den Senat zu vertreten nicht berechtigt sei, die Wahl vollzogen habe; es müsse daher in der Legitimationsurkunde, welche dem etwa zu erwählenden sogenannten Deputirten zu geben sei, ein vollständiger Bericht über die Wahlverhandlung niedergelegt, und ausdrücklich bemerkt werden, daß der Senat den zweit Mal durch Majorität der Stimmen verfassungsmäßig gesafteñ Beschuß, nicht zu wählen, aufrecht erhalte, daß aber dessenungeachtet eine Minorität gewählt habe. Dies wurde auch von der Minorität anerkannt. Der Rektor, Prof. Bülow, welcher in früheren Sitzungen des Senats und öffentlich seine Überzeugung ausgesprochen hatte, daß der Senat nur als Korporation zu wählen berechtigt sei, die Minorität daher nicht wählen könne und dürfe, und daß, wenn hierüber verschiedene Ansichten obwalteten, dem Ministerium auf keinen Fall die Entscheidung zustehé, dasselbe also eine Wahl zu befehlen kein Recht habe — der Rektor nahm diese Wahl vor, welche die Verfassung des Senats vollständig verließ, und bekleidete sich selbst an derselben. Gewählt wurde Prof. Dr. Buch, bekannt als tüchtiger Kenner des Hebräischen und Syrischen; er nahm die Wahl an.

Nur die Theilnahme an dem Schicksal Schleswig-Holsteins konnte für Momente die Lebensgeister wieder etwas rege machen. Merkwürdig dabei ist es, daß sich hauptsächlich die preußische Partei im Lande neben den Demokraten für die Sache des nordischen Staats interessirt und werthätig zeigt. Ein weiterer Gegenstand der allgemeinen Theilnahme möchte in nächster Zeit die Verhandlung des Staatsgerichtshofes über die Anklage des Ministers nahm die Wut an. (D. A. 3.)

Oldenburg, 22. Juli. [Noch nicht ratificirt.] Hinsichtlich der schon seit einigen Tagen durch die Zeitungen kursirenden Nachricht, daß mit mehreren anderen Staaten auch Oldenburg den dänischen Frieden bereits ratificirt habe, können wir zuverlässig mittheilen, daß die Ratifikation bis heute Morgen, als am vorletzten Tage der dazu gesetzten Frist, noch nicht ertheilt ist. (Ref. 3.)

v. Wächter-Spittler bilden, dessen Freisprechung schon so sehr zur Gewissheit in der Ansicht des Publikums geworden, daß man ihn bereits gerüchtweise als Minister des Auswärtigen oder Konsistorialdirektor designirt. Wie weit die Reaktion schon eingedrungen, beweist die neueste Protestation des Heilbronner Gemeinderathes gegen die Grundrechte! (D. A. S.)

München, 20. Juli. [Die Abgeordneten-Kümmern] hat heute, in ihrer Schlussitzung abermals, vom Präsidenten aufgesfordert, ihre Sympathien für Schleswig-Holstein bewahrt durch Aufstehen und Sitzbleiben. Trotz nahgelegter Mahnungen zu irgend einer Erklärung über diese Politik in Bezug auf die Herzogthümer blieb das zahlreich vertretene Staatsministerium stumm, den sonst so beredten Minister-Präsidenten an der Spize. Er hat den vorgelegten Frieden ratifiziert. Im Uebrigen schloß

Die letzte Sitzung wie überall mit einem dreimaligen Hoch auf den König. Man glaubt hier noch immer daran, es werde derselbe von Aachen selbst hierher kommen, die Ceremonie des Landtagsschlusses zu vollziehen. Besser Unterrichtete behaupten dagegen, Hr. v. d. Pförtner sei damit beauftragt. Wann dieser Akt stattfinden soll, ist noch nicht bekannt. (D. U. 3.)

Karlsruhe, 20. Juli. [Besuch.] Se. Königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen ist gestern Mittag hier eingetroffen.

und im Gasthause zum englischen Hof abgestiegen, wo derselbe bald darauf von St. Königl. Hoheit dem Großherzog bewilligt wurde. Der Kurfürst stattete sodann Ihren Königl. Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin einen Besuch ab und brachte den Abend im Kreise der großherzoglichen Familie zu. Heute früh gegen 9 Uhr hat derselbe die Reise nach Baden fortgesetzt.
Karlsruhe. 3.

Darmstadt, 20. Juli. [Durchmarsch.] Heute Morgen

gen um 9 Uhr zog in voller Regen die erste Kolonne der nach Preußen marschirenden badischen Reiterei und Artillerie hier durch: 2 Schwadronen des 2. Dragoner-Regiments mit dem Regimentsstabe und 1 Batterie von 4 Zwölfspfündern. Leute und Pferde sahen gut aus, doch haben die Dragoner, namentlich in der neuen Kleidung, viel verloren an ihrem früheren sehr schönen Aussehen; besonders kleiden die Pickelhauben die Reiterei viel weniger als die geschmackvollen Helme, welche sie früher hatte. —

aufgefasst werden. Wir wollen uns bei jedem Anlaß dafür verwin-
den, daß dies geschehe, und sind überzeugt, daß, wenn diese Angele-
genheit neuerdings der Vorwand zur Agitation in Deutschland werden sollte,
solchen Bemühungen entschieden entgegen zu treten sei.

Was hingegen die Ratifikation dieses Vertrages betrifft, können wir zur Theilnahme an einem solchen Alte nur in unserer Eigenschaft als Mitglied des deutschen Bundes berufen sein. In dieser Eigenschaft muß aber Österreich an der zu jeder Zeit, und namentlich durch die Erklärungen vom 12., 16. und 20. November 1849 ausgesprochenen Überzeugung festhalten, daß die Bundesverträge und die auf denselben ruhende Bundesverfassung noch vollzüglich zu Recht bestehen und daher auch in dem gegebenen Falle maßgebend sind.

Es würde aber mehreren wichtigen Bestimmungen dieser Verträge entgegen sein, wenn ich Sr. Majestät dem Kaiser, unserm allernächsten Herrn, die Ratifikation des Friedens als eines Bundesfriedens vorstellen wollte. Nur durch das verfassungsmäßige Organ des Willens und Handels des Bundes ist ein für denselben glitzer Friede zu Stande zu bringen, und insbesondere kann nach Art. 12 und 49 der Wiener Schlafakte die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrages nur in der vollen Bundesversammlung geschehen. Die Entschlüsse einzelner Mitglieder des Bundes vermögen die erforderliche gemeinsame Willenshandlung nicht zu erzeugen, und könnten überdies im Falle einer Meinungsverschiedenheit thatächliche Schwierigkeiten herbeiführen, für deren Beseitigung nur die Bundesgesetzgebung ausreicht, vermöge welcher ein Friedensschluß durch die in ihr festgesetzte Stimmenmehrheit zu verpflichtender Kraft gelangt. Die Konvention vom 30. Septbr. v. J. hat hieran nichts geändert, da sie nur die im Art. 6 der Bundesversammlung erwähnten Angelegenheiten, nicht aber die in der Wiener Schlafakte dem Plenum zugesetzte Entscheidung über Krieg und Frieden während der Dauer des Interims der freien Vereinbarung der Regierungen überlassen hat. Die Bundeskommission hat zwar, indem sie Preußen zur Unterhandlung des Friedens bevollmächtigte, die Genehmigung durch die deutschen Bundesregierungen vorbehalten, aber diese Behörde, welche hinsichtlich der schließlichen Annahme des Friedens nichts verfügen, sondern nur die Verfügung den Bundesregierungen zuweisen konnte, hat dadurch nicht den einzelnen Mitgliedern des Bundes eine Machtvollkommenheit übertragen wollen oder können, welche denselben nur in ihrer organischen Verbindung zusteht.

Obwohl es nach dem Vorstehenden der obersten Bundesgewalt vorzubehalten ist, bei den Verhandlungen über die ihr allein zustehende Ratifikation des Vertrages in dessen Wesenheit einzugehen und über dieselbe ein Urteil zu fällen, können wie doch nicht umhin, schon dermalen die Bedenken auszusprechen, welche die Fassung des Article 4 uns einzufallen geeignet ist.

Wir müssen bezweifeln, ob der Bund, vertreten durch seine gesetzlichen Organe, die in diesem Artikel enthaltenen Verabredungen als zulässig erkennen dürfte. Dieselben gehen von der Voraussetzung aus, daß es dem Bunde am Willen oder an der Macht fehlen könnte, den in seiner Bestimmung liegenden Pflichten zu genügen, — ein Zweifel, welcher den positiven Vorschriften der Bundesgesetze und der Einrichtung des Bundes gegenüber nicht wohl rechtfertigt werden kann. Ueberdies könnte der Schlussatz des Artikels zu Missdeutungen führen, die Mitgliedern des Bundes zu Verwahrungen Anlaß geben könnten. Wir haben an dem Rechtsboden der Verträge festgehalten, und der vorliegende Fall bestärkt uns in dem gefassten Entschluß, diesen Boden nicht zu verlassen.

Weit entfernt, hiervon die Lösung der so verworrenen Frage für Preußen und Deutschland zu erschweren, dürfte dieser Entschluß diese im Gegenthil fördern. Die Verzögerung einer formellen Ratifikation des Friedensvertrages wird die Bundesstaaten gewiß nicht hindern, die ihnen wie der Gesamtheit aus dem Frieden erwachsenden Vortheile anzuerkennen, und zur gütlichen Erledigung der vorbehaltenen Rechtsfragen mitzunirken. Zugleich kann die Gefahr eines Sonderkampfes zwischen Dänemark und den Herzogthümern nur vermindert werden, wenn der deutsche Bunde sich seines Rechtes der Einsprache nicht begiebt. Die ganze Sache dient neuerdings und deutlicher als je zum Beweise, wie unerlässlich es sei, daß dem Bunde die Möglichkeit wissamen Handelns durch ein allgemein anerkanntes Organ wiedergegeben werde. Preußen selbst verweist Dänemark an den Bunde und stellt die Autorität des Bundes als die legitime Schranke gegen Ereignisse hin, die in ihrer Entstehung und in ihrem Auszange nicht anders als beklagenswert gefunden werden können. Liegt aber hierin nicht die Anerkennung der Notwendigkeit, den Friedenstraktat einer Bundesplenarversammlung vorzulegen, da dieselbe die allein zuständige Behörde für diesen Beurtheilung ist, so lange nicht aus einer auf gesetzmäßigem Wege bewirkten Revision der Bundesverfassung ein neues Organ des Gesamtwillens des Bundes hervorgegangen sein wird?

Ich erüche Ew. R., den gegenwärtigen Erlaß dem Herrn Königl. Minister zur Kenntniß zu bringen und in Abschrift mitzuteilen.

Empfangen ic.

[Schleswig-holsteinsche Denkschrift über den preußisch-dänischen Friedenschluß.] Hamburg, 22. Juli. Wir haben kürzlich nach einer aus Berlin uns gewordenen Mittheilung den wesentlichen Inhalt der Denkschrift veröffentlicht, die in Anlaß des Friedenschlusses mit Dänemark die preußische Staatsregierung den deutschen Einzelstaaten zu übermachen sich veranlaßt sah. (Nr. 192 der Bresl. Zeitg.) Wie sehen uns in den Stand gesetzt, im Nachfolgendem unsern Lesern den Wortlaut der schleswig-holsteinischen Denkschrift über die Berliner Verträge vom 2. Juli mitzutheilen. Dieselbe besagt:

„Der Friedensvertrag, welchen die Krone Preußen mit Dänemark abgeschlossen hat, hebt die berliner Präliminarien und die Waffenstillstandsconvention vom 10. Juli 1849 auf, und stellt den von dem hohen deutschen Bunde stets festgehaltenen rechtlichen status quo ante auch für die Krone Preußen insbesondere wieder her.“

Diese Beseitigung der Präliminarien, welche die staatsrechtliche Trennung der seit vier Jahrhunderten vereinigten Herzogthümer stipulierten, ist willkommen. — In anderer Richtung dagegen enthält der Friedensvertrag eine Beeinträchtigung der Rechte Deutschlands und der Herzogthümer. Es ist freilich keines der Landesrechte durch denselben aufgehoben, aber es ist zunächst und vorläufig der bundeseitige bewaffnete Schutz der von Dänemark angefochtenen Rechte des Landes und des Bundes in Frage gestellt. Da der hohe deutsche Bunde Dänemark gegenüber seine Kompetenz geltend zu machen das Recht, und die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten zu erhalten, die Verbindlichkeit hat; kann der Friedensvertrag mit Bezug auf das Bundesland Holstein nicht als mit dem Bundesrecht übereinstimmend erscheinen. In so fern das Herzogthum Holstein in Verbindung mit dem Herzogthum Schleswig zunächst allein die eigenen und die Rechte des Bundes gegen Dänemark wahrzunehmen haben wird, in so fern jedenfalls die Stellung der Herzogthümer Dänemark gegenüber dadurch geschwächt und ihnen starke politische Schutzwaffen verloren gehen würden, kann die Stathalterchaft nicht wünschen, daß der Friedensvertrag durch Ratifikation der sämmtlichen übrigen hohen Regierungen des deutschen Bunde vom deutschen Bunde anerkannt werde.

Die Herzogthümer haben indessen auch die Möglichkeit in Berücksichtigung ziehen müssen, daß der Friedensvertrag zu einem Bundesvertrag erhoben werde, und sind bereit, wenn alle andern Mittel vergeblich sein sollten, zur Vertheidigung der bedrohten Rechte des Bundes und ihrer selbst die äußerste und legte Kraft daran zu legen.

Hierbei haben die Herzogthümer die Stellung in's Auge zu fassen, welche ihnen durch den Friedensvertrag offen gelassen wird.

Der Friedensvertrag hat die Eigentümlichkeit, daß er keine Erledigung der streitigen Fragen enthält, daß er beiden Theilen den Rechtsbestand vorbehält, welcher zum Kriege Veranlassung gab, ohne eine Normierung desselben zu treffen. Es schreibt daher die unmittelbare Geltendmachung und die Entscheidung über den streitigen Rechtsbestand vorläufig auf und behält dem deutschen Bunde vor, zu jeder Zeit wieder dieselbe zu übernehmen. Dieser Friede scheint nur in der Gewahrung geschlossen werden zu können, daß entweder Dänemark den von ihm angegriffenen Rechten, nachdem es sich den Herzogthümern allein gegenüber befindet, genugthun werde, oder daß die Herzogthümer im Stande sein werden, eine neuere Aggressionen zurückzuweisen. Es folgt jene neue Voraussetzung nicht bewahrt, der Schutz der bedrohten stehenden Mitteln direkt wird übernommen werden.

Da der Art. I des Friedensvertrages Friede, Freundschaft und gutes Gelevernthen zwischen dem Bunde und Dänemark herstellt, und von beiden Seiten die Bekämpfung erneuerter Streitigkeiten verlangt, so kann darunter nicht verstanden werden, daß Dänemark von jetzt an das Bundes und der Bundesstaaten in den Herzogthümern zu kränken, vielmehr ist es die stillschweigende Bedingung der ferneren Bewahrung von Friede, Freundschaft und gutes Gelevernthen, daß Dänemark nicht durch Krankung der Bundesrechte die Ursache zu einer neuen Krise gebe. Es kann nicht das Verständnis des Friedensvertrags sein, daß Dänemark das Recht erhalten, Deutschlands Rechte zu kränken und Deutschland die Pflicht übernehme, diese Krankung ruhig zu ertragen.

Der Art. 3 des Friedensvertrages enthält ausdrücklich den Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes, und sowohl das Schreiben der Königl. preuß. Regierung an die Stathalterchaft der Herzogthümer,

Die Kompetenz des Bundes in jeder Hinsicht und der Wiedereinstitt derselben zu jeder Zeit vorbehalten sei.
Der Friedensvertrag, so wie die erläuternde Denkschrift der König-

Der Friedensvertrag, in dem die kriegernde Deutscherie vor längst Regierung, erkennen den Rechtsbestand, welchen zu schützen dem deutschen Bunde obliegt, bestimmt und offen an. Als den rechtlichen Status quo ante, auf welchen in dem Friedensvertrage zurückgegangen ist, bezeichnet die E. preuß. Regierung die Bundesbeschlüsse bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Dänemark. Diese Bundesbeschlüsse vom 17. September 1848 bis zum 12. April 1849 stellen die staatsrechtliche Selbstständigkeit beider Herzogthümer, Dänemark gegenüber, die staatsrechtliche Union des Herzogthums Schleswig mit dem Herzogtum Holstein, den ungehinderten Fortgang der legitimen Erbfolge, usw. welche das Land nicht minder als auf die Bewahrung seiner übrigen staatsrechtlichen Verhältnisse ein Recht hat, so wie alle sonstigen aus Gesetz und Herkommen begründeten Verhältnisse unter den Schaus Bunden. Sie erkennen demselben nicht nur die volle Kompetenz Betreff der Entscheidung in diesen Verhältnissen, sondern auch die Verbindlichkeit zu, nöthigenfalls die Achtung derselben zu erzwingen. Sollte es daher für die Herzogthümer allein nicht möglich sein, einzeln dieser Verhältnisse oder alle aufrecht zu erhalten, so dürfen die Herzogthümer und ihre Bewohner auf Grund der Bundesakte die Hilfe und den Schutz des deutschen Bundes anzuwünschen sich erlauben. Diese Hilfe und dieser Schutz wird eine zweifache Richtung nehmen können, er wird sich theils nach Außen gegen das Königreich Dänemark auf dem Wege der Unterhandlung und nöthigenfalls des Krieges, theils innerhalb der Bundesgrenze, gegen Se. Königl. Majestät den Herzog von Holstein als Mitglied des Bundes gelind machen können. Die Herzogthümer werden nicht der Rechtfertigung bedürfen, wenn sie vornämlich auf den letzteren Fall die Aufmerksamkeit der hohen Bundesregierungen hinzuhalten sich gestatten.

Sowohl die Regierung als die Landeseinwohner haben während vier Jahre schweren Kampfes genugsam gezeigt, daß sie von Achtung vor den Rechten ihres angestammten Landesherrn durchdrungen sind. Es ist zwischen dem Lande und dem König-Herzog kein Streit über die Ausdehnung der landesherlichen Prärogative, kein Streit über ein geringes oder größeres Maß von Freiheit. Der Streit ist nicht, ob die Herzogthümer ihrem Landesherrn, sondern blos, ob sie dem dänischen Volke und seiner Hauptstadt mehr oder weniger unterthan seien. Wenn in diesem Streite mit dem Königreich Dänemark die Herzogthümer ihren Landesherrn nicht auf ihrer Seite seien, so ist genügend bekannt, daß derselbe durch die Kopenhagener Umlösung vom 21. März 1848 von ihnen gerissen wurde und daß dieselbe revolutionäre Partei auch noch jetzt mit dem Ministerium die Krone

Diese Verhältnisse zwingen die Herzogthümer, die Aufmerksamkeit der Bundesregierungen schon jetzt auf den Weg hinzulenken, welchen der Friedensvertrag und die erläuternde Denkschrift der Königlich preussischen Regierung dem deutschen Bunde zur Erhaltung seiner Rechte zeigt.

Die königl. preußische Regierung bemerkt, daß die Ausübung der landesherrlichen Gewalt in Holstein durch Se. Majestät den König von Dänemark bei der Lage des Streites und dem Kriegszustande auspendirt bleiben mußte, und Se. Majestät der König von Dänemark ist in dem Friedensvertrage anerkannt, daß ihm nicht der Friedensschluß, selbst wenn derselbe von Seiten des gesammten deutschen Bundes ausgehe, diese Ausübung seiner legitimen Auctorität zurückgebe. Se. Majestät der König von Dänemark hat in dem Art. 4 des Vertrages vielmehr anerkannt, daß die Wiederherstellung der bisher suspendirten Ausübung seines an sich unbestrittenen Rechtes erst von einer an den Bund einzugebenden Reklamation und einer Angabe seiner Absichten in Betreff des Herzogthums Holstein und von dem darauf folgenden Auspruch des Bundes abhänge.

Wären die friedlichen Bestrebungen der Statthalterschaft ohne Erfolg und sollte sie im Wege des Kampfes nicht im Stand sein, die Bewahrung der wesentlichen Rechte des Bundes und des Landes zu erzielen, füllten sich die durchaus ehrlichen Menschen aus verschiedenen Landen

reichen, sollten endlich die dem deutschen Bunde vorzulegenden landes-
fürstlichen Ansichten auch noch jetzt nicht den Rechten des Landes ent-
sprechen, so wird von Bundeswegen die Ausübung der Regierungsgewi-
thalt in Holstein durch den König von Dänemark auch ferner ausge-
schlossen bleiben müssen, bis die uralten und noch kurz vor dem Kriege
von Sr. Königl. Majestät dem König Herzoge bestätigten Rechte Hol-
steins und des deutschen Bundes hergestellt sind.

Als im J. 1848 in der deutschen Bundesversammlung eine schwerere
Haftregel zur Sprache gebracht wurde, erfolgte von Seiten des Ver-
treter der damaligen preußischen Regierung der Herzogthümer Wi-
terspruch. Eine fortgesetzte Suspension der Ausübung der legitimen
Bewalt eines Bundesfürsten, der von einem fremden Volke gezwungen
ist, im Interess dieses fremden Volkes seinen ersten Bundespflichten
nicht zu genügen, würde in dem unterstellten Falte eben so sehr in den
Bundesgrundgesetzen, als in dem Friedensvertrage begründet sein.

Der Friedensvertrag erlebt die Streitfragen, welche den Krieg her-

orlieden, nicht, und es tritt deshalb in den Verhältnissen der Herzogsgümer zum Bunde, wie sie von dem Friedensvertrage in anerkannter Seltzung sich befanden, keine Veränderung ein; hieraus folgt, daß, bis auf endlich die Erledigung der streitigen Fragen eine Vertretung des Herzogthums Holstein bei dem deutschen Bunde durch Sr. Maj. dem König von Dänemark nicht wird statthaben können. Der Friedensvertrag gibt Sr. Maj. dem König von Dänemark nur die Möglichkeit, eine Reklamation beim deutschen Bunde einzubringen. Es ist dadurch an Sr. Maj. dem König von Dänemark selbst anerkannt, daß er als Herzog von Holstein künftig und vorläufig einzig und allein die fragliche Reklamation beim deutschen Bunde anzubringen befugt sei. Eine mit der Natur der Verhältnisse und der im Friedensvertrage von Sr. Majestät dem König von Dänemark selbst anerkannten Suspension der Ausübung der legitimen Autorität im Widerspruch stehende Vertretung beim deutschen Bunde wird daher, nach dem Gesichtspunkte des Friedensvertrages und der erläuternden Denkschrift, nicht statthaben können.

Es darf dabei auch darauf hingewiesen werden, daß der Zustand des öffentlichen Rechtes in den Herzogthümern durch den Friedensvertrag eine neue Verstärkung erhalten würde, auf welche um so mehr Gewicht gelegt werden muß, als die von dänischer Seite aufgestellten entgegenseitigen Forderungen dadurch zurückgewiesen und zurückgenommen zu scheinen. Se. Maj. der König von Dänemark hat in dem Friedensvertrage anerkannt, daß zur Wiederherstellung der Ausübung seiner legitimen Auctorität die Erfüllung bestimmter Bedingungen erforderlich ist, daß die dermalige Suspension derselben den Bundesrechten entspricht. Es ist damit zugleich anerkannt, daß der damalige Zustand des öffentlichen Rechts der Herzogthümer ein rechtmäßiger sei. Um, künftigen Gefahren gegenüber, den gegenwärtigen Bestand der Gesetzgebung und Verwaltung sicher zu stellen, muß dies hervorgehoben werden. Der gegenwärtige Zustand des öffentlichen Rechts in den Herzogthümern ist von Regierungen ausgegangen, welche von den höchsten Bundesgewählten, zum Thil unter Mitwirkung Sr. Maj. des Königs von Dänemark, bestätigt oder eingesetzt wurden; er wäre schon als solcher unfehlbar aufrecht zu halten, noch mehr oder mit Rücksicht auf den Art. 4 des Friedensvertrags. Dieser Rechtsbestand wird, soweit nicht veränderliche landesherrliche Prärogative beeinträchtigt sein sollten, und solches wird schwerlich nachzuweisen sein, künftig nicht einseitig vom Landesherrn verändert werden können. Er wird durch den Bund selbst oder den Landesherrn nur im Einverständnisse mit der Landesvertretung verändert werden dürfen. Nicht nur in Betreff der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern insbesondere auch in Betreff derjenigen Formen, die dies der Fall sein, welche die verfassungsmäßigen, lange missachte-

Im Vorstehenden sind diejenigen Normirungen in Betracht gezogen, welche der Friedensvertrag für den Fall enthalten würde, wenn die Herzogthümer nicht im Stande sein sollten, die Bundesrechte und die eigenen zu schützen. Es bleibt noch übrig, diejenigen Bestimmungen des Vertrages zu erörtern, welche die Modalitäten des Kampfes

Der Art. 4 des Vertrages gestattet Dänemark unter gewissen Vor-
aussetzungen einen militärischen Angriff des Bundesgebietes. Wenn es
sich unlängst bar ist, daß von Alters her, wie in Betreff fast aller Ver-
träge, so auch in Betreff der Kriegsführung und der Armee, eine

volständige Solidarität Schleswigs mit Holstein, Kraft der vielfach schworenen Privilegien der beiden Provinzen, statisindet; so würde doch dadurch jene Bestimmung des Art. 4 nicht wortlos werden können. Diese Solidarität findet fast überall statt, wo der Art. 46 der Bundesgebiet Anwendung leidet, und die Analogie dieses muss jede für Bundesgebiet präjudizielichen Folgen jener Solidarität entfernen. Auch in älteren Kriegen der Herzogthümer mit Dänemark während des Besitzes des deutschen Reichs, selbst bei solchen Kriegen, die der Kaiser ausbilligte, ist der holsteinische Boden stets als unverlehrbar betrachtet worden.

Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands müssen indessen auch die Voraussetzungen und Modalitäten einer solchen Eventualität in Betracht gezogen werden.
Es knüpft der Art. 4 die Ungreifbarkeit Holsteins nur an zwei Voraussetzungen:

- 1) wenn der Bund jede Intervention ablehnt, die Reclamation des Landesherrn ohne Prüfung zurückweist;
- 2) wenn der Bund die vom Landesherrn vorgelegten Bedingungen für solche erklärt, welche den Landes- und Bundesrechten entsprechen, seine Intervention aber wirkungslos bleibt.
Es ist damit zugleich ausgeschlossen, daß das Gebiet Holsteins in dem alle angegriffen werden könne, wenn der Bund nach rechtmäßiger Erwähnung zu der Erklärung kommt, daß die landesherrlichen Vorlagen den Bundes- und Landesrechten nicht entsprechen.
- 3) Es ist damit zugleich anerkannt, daß, so lange als der Bund die Vorlagen und die Sachlage, unter Anhörung des beteiligten Landes,

freien Rückkehr in die k. k. Staaten; endlich die Begnadigung des Erbdeputirten Franz v. Kubinyi. — G.-Z.-M. Haynau empfängt viele Besuche, unter andern auch vom G.-Z.-M. Baron Welden. Haynau hatte gestern eine Audienz beim Kaiser, und begibt sich morgen auf Besuch zu seinem Bruder nach Kassel und dann in sein gewohntes Domizil nach Gräf-Gestern wohnte er einem Diner bei Rothschild bei, wobei seine Laune die heiteste Stimmung vertrieb. — Die Grundzüge der in Siebenbürgen einzuführenden Gerichtsverfassung werden heute bekannt gemacht. Im Allgemeinen unterscheiden sie sich wenig von denen, welche bei der Organisation der Gerichte in den deutschen Kronländern und für Ungarn untern 2. November 1849 und gemacht wurden. In Berücksichtigung der verschiedenen einander abgenutzten Nationalitäten werden die Senate der Ober-Landesgerichte an verschiedenen Orten kreisen. In letzter Instanz entscheidet der Ober-Gerichtshof zu Wien. Eine neue Grundbuchsordnung soll berathen werden, und darauf Gedächtnis genommen werden, den in Siebenbürgen bisher unbekannten Realkredit in's Leben zu rufen. Die Einführung des Instituts des Schwurgerichts wird bei den sehr verschiedenen Stufen der Bildung in diesen Kronländern weiterer Prüfung überlassen bleiben, doch soll es für schwere Verbrechen, nach der in der Reichsverfassung gemachten Zusicherung, den Bürgern Siebenbürgens nicht vorerhalten bleiben. — Ein kürzlich vorgekommenen Fall veranlaßte die Central-Commission, den Stadtkommandantur bekannt zu machen, daß Federmann, der innerhalb des Belagerungskorps im Besitz des Journals „Die Presse“ oder anderen verbotenen Journals betrieben wurde, die militärisch-rechtliche Behandlung zu gewertigen habe. — Der Gemeinderath hat dem Unterrichtsministerium erklärt, daß er auf dem Besitzungsrecht der Obers- und Unterlehrer versteht, und auch künftig nur jene Ober- und Unterlehrer bestehen werde, welche von der Kommune nach den festgesetzten Modalitäten auf Grundlage eines vor der Schulbehörde vorgelegten Ternavorschlags, auch ernannt worden sind. — Die in Ungarn gelegenen, in Folge von kriegsrechtlichen Urtheilen konfisierten Güter werden auf höhere Anordnung nicht veräußert, sondern vorläufig auf drei Jahre in Pacht gegeben. — Sogleich nach Einführung der traurigen Nachricht von dem Brande in Krakau, sendete der Kaiser seinen Flügeladjutanten G.-M. Kellner dorthin, um an Ort und Stelle das Ereignisse einzusehen, das Elend zu mildern und ausführlichen Bericht zu erstatten. Der Kaiser gab zur Unterstützung der Nothleidenden 30,000 fl. und das Ministerium soll zu denselben Zwecke 50,000 fl. angewiesen haben. — Der Herzog von Bordeau ist hier angekommen und wohnt der Vorstellung des Propheten bei. — In Folge der häufigen, seit Kurzem vorgekommenen Brandstiftungen wurde im ganzen Kronstädte Bezirk das Standrecht publiziert. — Hr. Uppert, durch seine Untersuchungen zur Verbesserung des Gefängniswesens rühmlich bekannt, wurde heute in einer besonderen Audienz vom Kaiser empfangen, welcher ihm aufforderte, seine weiteren Ratschläge zur Gefängnisreform umzuwenden an den Tag zu legen. Das Werk über den Stand der Gefängnisse in Österreich, ist dem Verfasser vom hiesigen Buchhändler Sommer für 125 Dukaten abgekauft worden.

Krautreich.

Paris, 21. Juli. [Tagesbericht.] Das ganze politische Interesse konzentriert sich heute auf die Wahl der Überwachungs-Kommission, welche Morgen vor sich gehen soll, und deren Resultat mit der größten Spannung erwartet wird. Die ministeriellen Journals behaupten einstimmig, daß die von den Legitimisten im Bereich mit dem Verteilungskomitee keine Majorität erlangen werde, und das mit Recht. Weil die Majorität der National-Verfassung den „Pouvoir“ zu 5000 fr. Strafe verurtheilt hat, so muß man daraus noch nicht folgern, daß das Elysée und die Versammlung einen offenen Krieg führen wollen. Dies wäre aber der Fall, wenn Männer wie de Laborde, der schon so oft gegen die Republik protestiert hat, zu Mitgliedern der Kommission ernannt würden. Da die Versammlung sich auf drei Monate vertagt, so hält sie sich doch wahrscheinlich gegen Staatsstreich gesichert, und sie hat demnach nicht nötig, sich durch so entschiedene Gegner des Elysée repräsentieren zu lassen. — Thiers wird nicht zu der Kommission gehören, er befindet sich in diesem Augenblick in Saint bei Hr. v. Batry, und wird während der Vertragung ganz beruhigt auf Reisen gehen, da er recht gut weiß, daß gegenwärtig von den imperialistischen Plänen nichts zu befürchten ist. Er weiß recht gut, daß man sich in einem gewissen Kreise dahin aufgestellt hat, „Wo zu sollen wir uns bestellen? Die Sachen gehen von selbst.“ — Auf der Polizei-Präfektur herrscht große Freude; man hofft dasselbst durch das neue Prozeßgesetz sämmtliche rote Blätter los zu werden. Doch glaubt ich, daß man sich irrt. Die Journals kündigen indes, mit Ausnahme der „Presse“ erhöhte Abonnementspreise am. Das „Journal des Débats“ hat den Preis bis auf 64 fr. erhöht. — Hautpoul bleibt im Kabinett, weil der Präsident ihm das Versprechen gegeben hat, ihm bei der ersten Gelegenheit die Thière zu öffnen. „Sie müssen das Kalvin nicht wegen der Ansprüche Charnier verlassen“ — sagte L. Nap. Bonaparte zu ihm; — „dies würde einen bedauerlichen Effekt hervorbringen, und unsere Feinde würden sich darüber freuen. Allein unter Ihren Kollegen befinden sich noch einige, die ebenfalls ausscheiden wollen; nun denn! warten Sie die Gelegenheit ab, und treten Sie alsdann in Gesellschaft aus.“ Der Präsident hat Recht; wenn mehrere Minister zu gleicher Zeit ausscheiden, so gleicht dies einem Systemwechsel, was dem „geistreichen Volke“ immer gefällt. — Der „Pouvoir“ weiß heute in einem langen Artikel, Namens des Elysée, alle die Anschuldigungen zurück, die man gegen den Präsidenten in Bezug auf konstitutionelle Pläne erhebt, und klage vielmehr Legitimisten, Orleanisten, Republikaner und Sozialisten der Konspiration an. Der Präsident werde nicht gegen die Verfassung handeln. — Aus den Departements wird von zahlreichen legitimistischen Demonstrationen gemeldet, wie bei Gelegenheit der Feier des St. Henri im Süden von Frankreich stattgefunden haben. An manchen Orten drohten in Folge dessen, ernsthafte Konflikte zwischen Republikanern und Legitimisten, und die Behörden sollen sich den Manifestationen gegenüber sehr unsicher benommen haben. — In Piemont ist nur auch der Erzbischof Barresini wegen seines Einkommens gegen das Sardinische Gesetz zu einem Monat Gefängnis und 500 lfr. Strafe verurtheilt worden.

Schweiz.

Nach dem Bericht des jetzt aufgelösten Comité's zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge zu Bern befinden sich im Ganzen in der Schweiz noch gegen 1200 Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten. In der nördlichen Schweiz sind Bern und Zürich, in der südlichen Genf, die Hauptansiedlungsplätze. In Bern waren kürzlich noch gegen 200 seßhaft geworden, deren Zahl jedoch inzwischen bis auf etwa 70 geschmolzen ist. Diese leben meist still und zurückgezogen. Eben so die in Zürich sich Aufhaltenden. Nur in Genf dauert, unter James Fazy's Protektion, die Agitation unter den Flüchtlingen fort, doch ist diese zunächst gegen Frankreich gerichtet. (C. C.)

* Die O. C. sagt: „Wie erfahren über den dortigen Brand, daß unter den namhaften Verlusten, welche die ungünstige Stunde durch das verheerende Element erlitten hat, in wissenschaftlicher Beziehung die Zerstörung des Archivs des Dominkanerklosters besonders tief zu beklagen, da diese Archive die vorzüglichsten Quellen für die alte polnische Kirchengeschichte enthielten.“

Osmannisches Reich.

* Über den Stand der Dinge in Bulgarien meldet man aus Ossora vom 13. d. Die Türken sammeln Truppen in Widdin, Niš, Niš, Novi, Sophia, aber Omer Pascha verhält sich noch ruhig. Am Donau geht allgemein das Gerücht, Omer Pascha (General Bem) sei bei Omer Pascha. Wäre dieser Fall, so fürchtet die Pforte die Verbreitung des Aufstandes. Das Omer Pascha mehrere Polen und Magyaren als Generalsaboffiziere bei sich habe, wird von allen Türken auf das Bestimmte vertheidigt. Es ist ungemein schwer über die bulgarischen Verhältnisse ein klares Licht zu erhalten, denn während ein Gericht den Aufstand als ganz besiegt erklärt, taucht wieder ein entgegengesetztes auf, welches die Bulgaren die größten Fortschritte machen läßt. (N. B.)

Sprechsaal.

** Die Sklavenfrage.

Wir erhalten folgendes interessante Schreiben eines Landsmanns aus:

No. 100 (in Virginien), 6. Juni 1850. Da Sie jetzt, wo durch Dampfschiffe Amerika von Europa nur 10 Tage reisen entfernt ist, von allen Hauptereignissen gewiß recht schnell unterrichtet werden, so habe ich mir die Aufgabe gestellt, Ihnen die Thatsachen, von denen Sie durch die Tagespresse schon unterrichtet wurden, näher zu beleuchten.

In meinem letzten Schreiben versprach ich Ihnen, auf die „Sklavenfrage“ näher einzugehen. Welche Bedeutung dieselbe hat, können Sie schon aus dem Umstände ermessen, daß der Kongress, der seit den 4. Dezember v. J. in Sitzung ist, bis jetzt sich einzigt und allein mit ihr beschäftigt und alle andern Angelegenheiten unerledigt liegen läßt. In der That hängt über auch die Ruhe und das feste Zusammenhalten dieser vereinigten Bundes-Staaten von der friedlichen Erledigung dieses Streites ab, und die warnenden Prophezeiungen des großen Südländers Calhoun in seiner letzten, kurz vor seinem Tode im Senate gehaltenen Rede: daß eine Auflösung der Union bevorstehe, sind einer baldigen Möglichkeit nähergerückt. — Beim Ausbruch des Krieges mit Mexico war vorauszusehen, daß neue Land-Territorien in den Westen der vereinigten Staaten kommen werden, und zwar solche, die ihrer geographischen Lage nach dem Süden eine Verstärkung geben würden. Bis jetzt haben die vereinigten Staaten 15 nördliche (freie) und 15 südliche (Sklavestaten), da der Senat im Kongresse nicht wie das Repräsentantenhaus die Anzahl der Einwohner jedes Staates repräsentiert, sondern jeder Staat gleichviel, wie groß oder klein sein Einwohnerzahl ist, dennoch zwei Senatoren zum Kongress entsendet, und der Senat zu allen Beschlüssen des Hauses, ehe sie rechtskräftig werden, seine Zustimmung geben muss, so werden Sie einsehen, daß trotzdem das Haus eine bedeutend größere Anzahl nördlicher als südlicher Mitglieder besitzt, das Verhältnis zwischen dem Süden und Norden bis jetzt dennoch ein ziemliches gleiches war. Räumen aber nur die neu erworbenen Gebiete ohne Weiteres in die vereinigten Staaten auch dem Farbenen es nicht erlaubt ist, in demselben Dienstbus zu fahren, in dem seine weißen Brüder sich befinden, und daß dieser sein Brüder ihm auch verbietet, in ein und derselben Kirche mit ihm zu beten, daß die Eisenbahn befürdet Karren und das Theater besondere Räume für ihn hat, damit er ja nicht Gelegenheit bekomme, die weiße Hand seines weißen Mitbruders zu berühren. Diese Zurückstellungen sind aber für den freien Schwarzen weit empfindlicher als es die Lage für den Sklaven ist, denn der freie Schwarze ist gebildeter und unterrichteter und fühlt also als der Sklave, der noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegeben, sondern stumpfsinnig in seiner traurigen Lage fortgezeugt.

In meinem letzten Schreiben versprach ich Ihnen, auf die „Sklavenfrage“ näher einzugehen. Welche Bedeutung dieselbe hat, können Sie schon aus dem Umstände ermessen, daß der Kongress, der seit den 4. Dezember v. J. in Sitzung ist, bis jetzt sich einzigt und allein mit ihr beschäftigt und alle andern Angelegenheiten unerledigt liegen läßt. In der That hängt über auch die Ruhe und das feste Zusammenhalten dieser vereinigten Bundes-Staaten von der friedlichen Erledigung dieses Streites ab, und die warnenden Prophezeiungen des großen Südländers Calhoun in seiner letzten, kurz vor seinem Tode im Senate gehaltenen Rede: daß eine Auflösung der Union bevorstehe, sind einer baldigen Möglichkeit nähergerückt. — Beim Ausbruch des Krieges mit Mexico war vorauszusehen, daß neue Land-Territorien in den Westen der vereinigten Staaten kommen werden, und zwar solche, die ihrer geographischen Lage nach dem Süden eine Verstärkung geben würden. Bis jetzt haben die vereinigten Staaten 15 nördliche (freie) und 15 südliche (Sklavestaten), da der Senat im Kongresse nicht wie das Repräsentantenhaus die Anzahl der Einwohner jedes Staates repräsentiert, sondern jeder Staat gleichviel, wie groß oder klein sein Einwohnerzahl ist, dennoch zwei Senatoren zum Kongress entsendet, und der Senat zu allen Beschlüssen des Hauses, ehe sie rechtskräftig werden, seine Zustimmung geben muss, so werden Sie einsehen, daß trotzdem das Haus eine bedeutend größere Anzahl nördlicher als südlicher Mitglieder besitzt, das Verhältnis zwischen dem Süden und Norden bis jetzt dennoch ein ziemliches gleiches war. Räumen aber nur die neu erworbenen Gebiete ohne Weiteres in die vereinigten Staaten auch dem Farbenen es nicht erlaubt ist, in demselben Dienstbus zu fahren, in dem seine weißen Brüder sich befinden, und daß dieser sein Brüder ihm auch verbietet, in ein und derselben Kirche mit ihm zu beten, daß die Eisenbahn befürdet Karren und das Theater besondere Räume für ihn hat, damit er ja nicht Gelegenheit bekomme, die weiße Hand seines weißen Mitbruders zu berühren. Diese Zurückstellungen sind aber für den freien Schwarzen weit empfindlicher als es die Lage für den Sklaven ist, denn der freie Schwarze ist gebildeter und unterrichteter und fühlt also als der Sklave, der noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegeben, sondern stumpfsinnig in seiner traurigen Lage fortgezeugt.

Breslau, 24. Juli. [Excess.] Am 21. d. M. fand in der Friedrich-Wilhelm-Straße ein Excess ganz grober Art statt. Des Abends kam nämlich in den Fleischhältern in dem Hause Nr. 71 Friedrich-Wilhelmstraße ein trunkenes Tagearbeiter, welcher mit der in dem Laden befindlichen Frau Streit anfing, und die Frau auf eine so plötzliche Art insulitierte, daß sich ein Handlung-Commiss aus demselben Hause ins Mittel legte und den Mann zur Ruhe verwies. Hiermit kam er aber sehr schlecht an, denn jetzt wendete sich der Zorn des Menschen gegen ihn. Er wurde auf das Allergräßte geschimpft und zuletzt von dem trunkenen Menschen hin und her gestoßen, so daß sich bald ein bedeutender Aufstand bildete und hunderte von Menschen zusammen kamen. Endlich forderte die Wache auf, sich ruhig zu verhalten, und verhafte, da auch dies nichts fruchtete, den Rätselsteller. Diese Zurückstellungen sind aber für den freien Schwarzen weit empfindlicher als es die Lage für den Sklaven ist, denn der freie Schwarze ist gebildeter und unterrichteter und fühlt also als der Sklave, der noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegeben, sondern stumpfsinnig in seiner traurigen Lage fortgezeugt.

Burk derselben Verständigung muß ich vorausschicken, daß nach der Constitution des Kongresses die Pflicht hat, in innen Territorien, die zu den vereinigten Staaten kommen, Regierungen einzuziehen, erreicht ein solches Territorium die Einwohnerzahl von 70,000, so hat es das Recht erworben, sich als Staat zu bilden, seine Constitution zu entwerfen und um Aufnahme in den Staaten-Bund bei dem Kongresse einzutreten. Die Einwohner eines jeden Staates haben selbst über die Zulassung der Sklaverei zu entscheiden. Durch das spätere sogenannte „Missouri Compromise“ ist die Ausbreitung der Sklaverei in neuen Staaten über den 36. Breitengrad verboten.

Der gegenwärtig tagende Kongress hat nun die Aufgabe, für die durch den mexikanischen Krieg erworbenen Territorien Regierungen einzuziehen, und die Nordländer wollen in diesen nun durchaus die Aufnahme des Wilmot-Proviso; dagegen protestieren die Südländer auf das heftigste und behaupten: „Wir haben das Recht mit unserm Eigentum, also auch mit unseren Sklaven, in die neuen Territorien zu ziehen, und drohen, wenn das Proviso durchgeht, mit einer Trennung von dem Norden, der sie jeder Gelegenheit in ihren Rechten schmäle und so auch ganz entgegen der Constitution, die flüchtigen Sklaven nicht ausliefern. Unterdrückt hat Kalifornien durch seinen Goldfeldzirkus mehr als die notwendige Einwohner-Anzahl erreicht, und da aus demselben Streitpunkt der vorige Kongress eine Regierung einzuziehen versuchte, sich endlich eigenständig, um aus dem gesetzlosen Zustande herauszukommen als Staat konstituiert, seine Constitution entworfen, Senatorn und Repräsentanten für das Haus erwählt und ist so um Aufnahme in die Union bei dem Präsidenten und dem Kongresse eingekommen; da aber in seiner Constitution die Sklaverei verworfen ist, so sind natürlich auch die Südländer gegen die Aufnahme und gestehen den Einwohnern Kaliforniens das Recht, einen Staat zu bilden, ohne zuvor eine Territorial-Regierung gehabt zu haben, nicht zu.

So standen bis vor circa 4 Wochen beide Parteien schroff und feindlich gegenüber, die alten der Demokratie und die der Whigs haben sich aufgelöst in die des Nordens und des Südens. Aus beiden alten Parteien entstand für den Norden die sogenannte Free-til (frei-Waben) Partei, im Süden die alten Südländer mit Calhoun an der Spitze. Endlich haben die Gemäßigten beider Parteien sich vereint, und eine Free-til-Partei gebildet, an deren Spitze im Senate H. Clay steht. Derselbe hat nun im Senat eine Compromiss-Bill eingereicht und dadurch viel zur Verhinderung des Landes beigetragen. Gewißlich liegt diese Bill, deren Hauptpunkte, die Aufnahme von Kalifornien und gleichzeitig die Einsetzung von Regierungen für die neuen Territorien ohne das Wilmot-Proviso, auch die Auslieferung der flüchtigen Sklaven sind — zur Debatte im Senate vor und es ist zu hoffen, daß sie in beiden Häusern durchgehen werden. Bringt die Ultras des Südens und des Nordens es auch dahin, daß diese Bill verworfen wird, so ist kein Ende des Kampfes abzusehen.

Die Free-til Partei ist für unbedingte Aufnahme Kaliforniens auch ohne Regierungseinsetzung in die neuen Territorien, wenn das Wilmot-Proviso nicht inbegriffen ist. In ihrer Spitze im Senate steht Benton, der mit seltem Mutte und ruhiger Würde seiner Partei vorangeht und trotz aller feindlicher Angriffe und Verlautbarungen von Seiten seiner Gegner, gewiß ein eben so unter Patriot ist als sein großer Gegner Calhoun war oder als der feindliche konservative Webster und Clay. Ein Hauptpunkt dieses neuen Partei ist, daß das östliche Land, das verheerende Element erlitten hat, in wissenschaftlicher Beziehung die Zerstörung des Archivs des Dominkanerklosters besonders tief zu beklagen, da diese Archive die vorzüglichsten Quellen für die alte polnische Kirchengeschichte enthielten.“

den, und da der Sklavenbesitz sich auch nur bei großem Landbesitz entfaltet, so werden Sie leicht einsehen, wie sehr diese neue Partei angefeindet wird. Trotzdem aber gewinnt sie im Volke immer mehr Grund und Anhänger und ich möchte wetten, daß wenn auch noch nicht 1852 doch sicher 1856 ein Kandidat dieser neuen Partei bei der Präsidentenwahl den Sieg davon tragen wird.

Die Leser dieser Zeilen werden es gewiß kaum begreifen, daß gehildete und geistreiche Männer, wie so viele der südländischen Senatoren, für die Aufrechterhaltung der Sklaverei in die Schranken treten können. Vom moralischen Standpunkte betrachtet, ist es unmöglich und dennoch wird man, abgesehen von den lächerlichen Fanatiken des Südens, die sich nicht scheuen, die Sklaverei als ein heiliges von Gott eingesetztes Institut zu betrachten, in seinen philantropischen Ansichten wankend gemacht und wenigstens in der Beurteilung und Duldung dieses von den Vätern ererbten Lebels, milder gestimmt, wenn man Gelegenheit hat, die materielle Lage der Sklaven durch Augenschein zu beobachten. Ich schreibe diese Zeilen in einem Sklavenstaat und habe beinahe zwei Jahre in andern Sklavenstaaten gelebt, ihren Zustand auf Plantagen und in den Städten genau kennen gelernt und bin zu der Überzeugung gekommen, daß eine plötzliche Emancipation der Sklaven nicht nur ein großes Unglück für das Land, sondern ein noch größeres für die freien Sklaven selbst wäre. Der Schauder, den so viele fromme Seelen schon bei der Nennung des Wortes „Sklav“ empfinden, würde rasch schwinden, wenn sie sich die Mühe geweckt hätten, eine Parallele zu ziehen zwischen ihrer materiellen Lage und der, der ungünstigen hungrigen Weber in ihren Gebirgen oder auch der so vieler Tausende der schlesischen Bauern. Sie würden den Sklaven besser gekleidet finden und besser genährt und in bessere Wohnung, auch mehr besser behandelt von seinem Herrn als sonst der Bauer von seinem Gutsherrn. Sehr selten sind in den vereinigten Staaten die Fälle, in denen ein Herr seinen Sklaven hatt oder grausam behandelt, denn es verbietet ihm dies schon sein eigener Vortheil, um den weißen Sklaven in ihren Städten aber, hier und auch schon klammert sich der Brodherr nicht, schmäler so viel er kann an seinem sauer verdienten Lohn, und darunter wird er stark und stirbt er Hungers, so kommt er auch das nicht, denn er weiß nur zu gut, daß seine Stelle schnell durch einen andern ersetzt wird. Ich bin durchaus kein Vertheidiger der Sklaverei, ich hoffe sie wie jedes Unrecht, die Beseitigung dieses Unrechts aber ist nicht so leicht, und was wichtiger, auch nicht einmal so notwendig für die vereinigten Staaten als die so manches Andern; das fromme Gesetz der Abolitionisten gegen die Sklaverei ist so erträumlicher, wenn man bedenkt, daß in den nördlichen freien Staaten auch dem Farbenen es nicht erlaubt ist, in demselben Dienstbus zu fahren, in dem seine weißen Brüder sich befinden, und daß dieser sein Brüder ihm auch verbietet, in ein und derselben Kirche mit ihm zu beten, daß die Eisenbahn befürdet Karren und das Theater besondere Räume für ihn hat, damit er ja nicht Gelegenheit bekomme, die weiße Hand seines weißen Mitbruders zu berühren. Diese Zurückstellungen sind aber für den freien Schwarzen weit empfindlicher als es die Lage für den Sklaven ist, denn der freie Schwarze ist gebildeter und unterrichteter und fühlt also als der Sklave, der noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegeben, sondern stumpfsinnig in seiner traurigen Lage fortgezeugt.

Die Leser dieser Zeilen werden es gewiß kaum begreifen, daß gehildete und geistreiche Männer, wie so viele der südländischen Senatoren, für die Aufrechterhaltung der Sklaverei in die Schranken treten können. Vom moralischen Standpunkte betrachtet, ist es unmöglich und dennoch wird man, abgesehen von den lächerlichen Fanatiken des Südens, die sich nicht scheuen, die Sklaverei als ein heiliges von Gott eingesetztes Institut zu betrachten, in seinen philantropischen Ansichten wankend gemacht und wenigstens in der Beurteilung und Duldung dieses von den Vätern ererbten Lebels, milder gestimmt, wenn man Gelegenheit hat, die materielle Lage der Sklaven durch Augenschein zu beobachten. Ich schreibe diese Zeilen in einem Sklavenstaat und habe beinahe zwei Jahre in andern Sklavenstaaten gelebt, ihren Zustand auf Plantagen und in den Städten genau kennen gelernt und bin zu der Überzeugung gekommen, daß eine plötzliche Emancipation der Sklaven nicht nur ein großes Unglück für das Land, sondern ein noch größeres für die freien Sklaven selbst wäre. Der Schauder, den so viele fromme Seelen schon bei der Nennung des Wortes „Sklav“ empfinden, würde rasch schwinden, wenn sie sich die Mühe geweckt hätten, eine Parallele zu ziehen zwischen ihrer materiellen Lage und der, der ungünstigen hungrigen Weber in ihren Gebirgen oder auch der so vieler Tausende der schlesischen Bauern. Sie würden den Sklaven besser gekleidet finden und besser genährt und in bessere Wohnung, auch mehr besser behandelt von seinem Herrn als sonst der Bauer von seinem Gutsherrn. Sehr selten sind in den vereinigten Staaten die Fälle, in denen ein Herr seinen Sklaven hatt oder grausam behandelt, denn es verbietet ihm dies schon sein eigener Vortheil, um den weißen Sklaven in ihren Städten aber, hier und auch schon klammert sich der Brodherr nicht, schmäler so viel er kann an seinem sauer verdienten Lohn, und darunter wird er stark und stirbt er Hungers, so kommt er auch das nicht, denn er weiß nur zu gut, daß seine Stelle schnell durch einen andern ersetzt wird. Ich bin durchaus kein Vertheidiger der Sklaverei, ich hoffe sie wie jedes Unrecht, die Beseitigung dieses Unrechts aber ist nicht so leicht, und was wichtiger, auch nicht einmal so notwendig für die vereinigten Staaten als die so manches Andern; das fromme Gesetz der Abolitionisten gegen die Sklaverei ist so erträumlicher, wenn man bedenkt, daß in den nördlichen freien Staaten auch dem Farbenen es nicht erlaubt ist, in demselben Dienstbus zu fahren, in dem seine weißen Brüder sich befinden, und daß dieser sein Brüder ihm auch verbietet, in ein und derselben Kirche mit ihm zu beten, daß die Eisenbahn befürdet Karren und das Theater besondere Räume für ihn hat, damit er ja nicht Gelegenheit bekomme, die weiße Hand seines weißen Mitbruders zu berühren. Diese Zurückstellungen sind aber für den freien Schwarzen weit empfindlicher als es die Lage für den Sklaven ist, denn der freie Schwarze ist gebildeter und unterrichteter und fühlt also als der Sklave, der noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegeben, sondern stumpfsinnig in seiner tr

ren zuzuschreiben, über das sich die zusammenberufene ärztliche Kommission nach längerer Debatte geeinigt hat.

Es erfahren wir, daß die preußische Telegraphenleitung unterbrochen ist, und daß es in dem Grenzorte Od erberg brennt.

Der Hoffstaatsrat Ludwig Löwe soll möglichst seiner Stelle als Register des K. Hof- und Nationaltheaters enthoben worden sein.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 23. Juli. Dem herzogl. sachsen-koburgschen Hauptmann a. D. Fechen v. Seckendorff zu Heinrichshalle bei Gera ist unter dem 18. Juli 1850 ein Patent aus durch Beschreibung erläutertes Verfahren zur Darstellung von Gläubersalz in seinem ganzen Zusammensange, ohne jemand in der Benutzung der einzelnen Materialien zu beschänken, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umgang des preußischen Staats erhellt worden.

Man schreibt aus Warschau: Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit, den Versuchen beizuhören, welche die Vergleichung der Güte des einheimischen Eisens mit dem aus dem Auslande importierten angestellt wurden. Es wurde sowohl mit gehämmertem als gewalztem Eisen experimentiert. Eine sorgfältige Prüfung, bei welcher auf jedes Stück Eisen ein 300 Pfund schwerer Block (kar) aus einer Höhe von 7 bis 12 Fuß herabgestürzt und die Schienen viele Male um eine Säule gewunden wurden, zeigte das Resultat, daß das in den Regierungsfabriken erzeugte Eisen in Bezug auf Güte, Dauer, Festigkeit, äußerer Ansehen und Tertur in keiner Beziehung dem aus Preußen, Österreich, England und Schweden eingeschafften nachließ, und sogar einige Stücke vor ausländischen Fabrikaten den Vorzug beanspruchten, indem letztere unter Schlägen sprangen, welche die ungen ausstehen.

(C. C.)

Theater-Nachricht.

Donnerstag den 25. Juli. 19te Vorstellung des dritten Abonnements von 70 Vorstellungen. Schneiders Gastspiel des Herrn Philipp Grobecker, Mitglied des Königlichtheaters zu Berlin. Zum vierten Male: „Des Teufels Wette“, oder: „Nosen im Norden.“ Romantisch-satirisches Märchen mit Gesang in 3 Akten und 6 Tabakraten nebst einem Vorpiel und Prolog von Wohlheim. Musik von E. Steigmann. Michel, Herr Grobecker.

Berlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Doctor Natalie mit dem Doctor Herrn Friedrich Günzburg in Breslau, bedienen wir und herzlich ganz ergeben anzugeben.

Dresden, den 23. Juli 1850.

Meyer Falck und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Natalie Falck.

Friedrich Günzburg.

Als Verlobte empfehlen sich:

Auguste Schleisinger.

Jacob Turbin.

Breslau. Mittsch.

Entbindung-Anzeige.

Die heute früh gegen 4 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Bertha, geboren Gräfin, von einem gesunden männlichen Knaben, bedarf sie lieben Freunden und Bekannten fiktive Melbung hierdurch ergeben anzugeben:

A. Martin, praktischer Medicus-Chirurg ex. Boissont D.S., den 21. Juli 1850.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachts 12 Uhr endete nach kurzem Krankenlager Herrmann Freiherr v. Scherzer, Leutnant im 10ten Landwehr-Kavallerie-Regiment, in dem frähesten Alter von 32 Jahren. Wie Ritter um stillen Theilnahme, Obersdorf bei Reichenbach, den 23. Juli 1850. Die Hinterbliebenen.

Sa!!

Vorläufige Anzeige.

Zum Besten der Abgebrannten in Krakau werde ich am nächsten Sonntag, den 28. Juli, eine Matinee veranstalten. Es werden in derselben die schätzenswerthesten Mitglieder des hiesigen Theaters mitwirken; ich selbst werde den „Julius Caesar“ von Shakespeare lesen. — Das Programm wird durch die Zeitungen veröffentlicht werden.

Billets à 20 Sgr. in der Musikalienhandlung von Bote und Bock.

Breslau, den 24. Juli 1850.

B. Dawson,

k. k. Hof-Schauspieler aus Wien.

Musiker-Gesuch.

Zur Veröffentlichung eines tüchtigen Orchesters werden folgenden Musiker gesucht: 3 erste, 2 zweite Violinsten, 1 Bratschist, 1 Cello, 2 Kontrabassisten, 1 erster Flöist, 2 Clarinetten, 1 Hoboist, 1 Fagottist, 2 Hornisten, 1 erster Trompete, 1 Posaunist, 1 Paukenschläger, 1 Trommler.

Die näheren Bedingungen sind bei dem Unterrichtsteller zu erfragen von früh Morgens 9 bis 11 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr am Ringe Nr. 8.

Maximilian Sachs.

Ein Bedienter in mittleren Jahren, unverheirathet, mit den besten Zeugnissen versehen, wünscht ein bauliches Unterkommen zu finden; derselbe steht nur auf gute Behandlung und begnügt sich dabei mit 6 Mth. monatlichem Gehalt. Zu erfragen: Breslauer Straße Nr. 61, zwei Etagen.

Ein junger Mann, den gebildeten Ständen angehörig, möchte sich mit eines nicht unvermögenden Witwe zu vertheilen. Adressen beliebe man unter A. 126, Breslau postrestante abholigen. Strengste Discretion wird auf Geheimtum vertheilt.

Ein Schlesisches Mittergut, welches hübsche Gebäude, gute Räume und Biesen hat, im Preise das zu 120.000 Rthlr. wird zu kaufen gebracht, doch müssen zwei Häuser in Dresden, im rechten Werthe von 90.000 Rthlr. in Zahlung mit genommen, der Rest der Kaufsumme aber kann sehr geahnt werden. Darauf rechnende Herren Besitzer wollen sich wegen altes Nähern in franken Briefen wenden an das

Kommissions- und Agentur-Comitie von E. F. Heine, in Böhmen, sächs. Oberlausitz.

Erdbeer-Pflanzen.

Von der ausgesuchten Menge der Queen-Charlotte-Erdbeere verkaufe das Schot für 10 Sgr.; gleichzeitig bemerkt, daß jetzt mein Comitie der neuen englischen und französischen Früchte in prachtvoller Blüthe steht.

E. Breiter, Kunst und Handelsgärtner.

Sitzung der Handels-Kammer für die Kreise Hirschberg und Schwanau, am 18. Juli 1850.

Nachdem von Seiten des Herrn Ober-Präsidenten die Bestätigung der neugewählten zwei Mitglieder, des Hrn. Kaufm. Gustav Scholz hierher und des Hrn. Kaufm. Weigert in Schmiedeberg sowohl als auch des Stellvertreters, Hrn. Fabrikbesitzers Ungerer hierher, erfolgt ist, führte der Landrat-Amts-Bewohner Herr v. Grävenitz obige drei Herren in das Kollegium ein.

Hierauf hielt derselbe die Wahl des Vorstandes der Handelskammer ab.

Zum Vorsteher wurde der hiesige Kaufmann Scheller, der dieses Amt bisher provisorisch verwaltet hatte, gewählt, und zu dessen Stellvertreter der Fabrik- und Mittergutsbesitzer Hr. Kießling auf Görlitz.

Der neu gewählte Vorsteher dankte dem Kollegium für das Vertrauen, welches dasselbe durch die Wahl in ihm sah, und bezeichnete hauptsächlich zwei Bedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn die Wirksamkeit dieses Instituts eine segensreiche werden solle. Die erste Bedingung ist, daß die Handelskammer ihre Schuldigkeit thue, und die zweite, daß die Staatsbehörde ebenfalls ihre Schuldigkeit thue.

Hr. Kießling dankte ebenfalls für das ihm bewiesene Vertrauen.

Nachdem Hr. Ungerer an die Stelle des abwesenden Hrn. Höller eingetreten war, erfolgte:

1) die Berathung des Geschäftsreglements.

Es wurde beschlossen, die gewöhnlichen Sitzungen den jedesmaligen ersten und zweiten Montag eines Monats, Nachmittags 4 Uhr in dem von den städtischen Behörden mit dankenswerther Überlastung hierzu eingerückten Rathaussaal zu veranstalten.

Zu dem übrigen Theile des Reglements übernahm Hr. Weigert, die nötigen Materialien zu sammeln, und sie dem Kollegium in der

Zeit aus.

Eine Herrschaft in Schlesien,

per Eisenbahn 3 Stunden von Breslau entfernt, beabsichtigt der Besitzer besonderer Verhältnisse wegen unter den annehmbaren Bedingungen gegen eine Einzahlung von circa 30.000 Rth. sofort zu verkaufen. Es gehören dazu über 3000 Morgen Areal, vorwärts 2000 Mg. fruchtbare Ackerland, 350 Mg. sehr schöne Wiesen und circa 500 Mg. Forst, Schafe, über 700 Rth. sichere braue Einnahmen und mehrere andere einträgliche Regalien.

Nähere Auskunft zu Berlin, Spandauer Straße No. 41.

Breslau, den 23. Juli 1850.

Auctions-Commiss. Saul.

Absatz 5000 Exemplare.

Jungen Pianisten und Singfreunden empfehlen wir das neue Abonnement (monatlich 1 Rth. à 5 Sgr.) auf:

Schubert, Omnibus für Piano. Auswahl gefälliger mittelschwerer Compositionen, das Heft von 2-3 Bogen 5 Sgr.

Schubert, Omnibus für Gesang. Lieder mit Piano. Das Heft ebenfalls nur 5 Sgr. Einzelne Hefte werden nicht abgegeben.

Diese Omnibus liefern leicht ausführbare Werke und Arrangements beliebter Componisten, — einen kostlichen Schatz zur Unterhaltung und Fortbildung, zum dritten Theile des Preises, als sonst ein gleich starkes Heft kostet. Statt weiterer Empfehlung an die Bitte: sich das 1ste Heft vorlegen zu lassen — und das Werk wird sich selbst empfehlen.

Jeder Abonnent erhält mit dem 12ten (Schluss-) Heft ein treffliches Bildnis als Prämie, 1 Rth. an Werth.

Die Jahrgänge 1847, 1848, 1849 sind noch zum früheren Preise à 5 Sgr. pr. Heft zu haben.

Schubert & Co., Hamburg u. Leipzig.

Zu beziehen durch alle Buch- und Musikhandlungen. — In Breslau zu haben bei Grass, Barth u. Co., Herrenstraße No. 20.

Probates Universal-Hausmittel bei allen äußern Verleihungen.

Bei Grass, Barth u. Co., in Breslau, Herrenstraße Nr. 20, bei Trewendt und Gruner, Goschorsky und Kern ist zu haben:

Der Selbstarzt

bei äußern Verleihungen. Der: Das Geheimnis, durch Franzbranntwein und Salz, alle Vermundungen, Lähmungen, offene Wunden, Brand, Krebsködnen, Balsam, sowie überhaupt alle äußern und innern Entzündungen ohne Hülfe des Arztes zu heilen. Ein unentbehrliches Handbuchlein für Seidermann. Herausgegeben von dem Erfinder des Mittels William Lee. Aus dem Englischen.

8. Geb. Preis 10 Sgr.

Die höchst wichtige und wohltätige Entdeckung des Engländer W. Lee, alle äußern Verleihungen und Entzündungen aller Art, sowie selbst innere Herzen, auf sehr einfache und schnelle Weise durch Franzbranntwein und Salz gründlich zu heilen, hat sich bereits überall durch vielfache Erfahrungen bewährt; weshalb diese Schrift in keinem Haushalte fehlen sollte.

Zu beziehen durch alle Buch- und Musikhandlungen aus den älteren Segebern unter der Provinz Schlesien. S. Münsterburg. Preis 7½ Sgr.

Glockenalladun 8.

Auf Antrag der unten benannten Extrahenten werden die nachstehend verzeichneten schlesischen Pfandbriefe zum Zweck der günstigen Amortisation derselben nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung Th. I Art. 51 § 126, 127 hiermit öffentlich aufgeboten und die etwaigen unbekannten Individuen derselben daher aufgefordert, mit ihren Ansprüchen daran bis zum 31sten Februar 1850, spätestens aber in dem auf den

3. Februar 1851 Vormittags 11 Uhr anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer hier selbst sich zu melden, widrigfalls gebachte Pfandbriefe durch richterlichen Spruch ganzlich amortisiert, in den Landschaftsgerichten und den Hypothekenbüroen gelöscht, und wenn selbiges späterhin auch wieder zum Vorschein kommen sollten, dennoch weder durch Zahlung an Kapital oder Zinsen, noch durch Auszeichnung von Zinskupons honorirt, vielmehr den Extrahenten des Aufgebots an die Stelle der also amortisierten neue Pfandbriefe werden ausgefertigt und ausgereicht werden.

Extrahent: B. Schmid'sche Buchhandlung (F. G. Kremer).

Bei Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2, sind zu haben:

Die sämtlichen Agrar-Gesetze von 1850, mit Ergänzungen und Erläuterungen aus den älteren Segebern unter besondere Verücksichtigung der Provinz Schlesien. S. Münsterburg. Preis 7½ Sgr.

Glockenalladun 8.

Auf Antrag der unten benannten Extrahenten werden die nachstehend verzeichneten schlesischen Pfandbriefe zum Zweck der günstigen Amortisation derselben nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung Th. I Art. 51 § 126, 127 hiermit öffentlich aufgeboten und die etwaigen unbekannten Individuen derselben daher aufgefordert, mit ihren Ansprüchen daran bis zum 31sten Februar 1850, spätestens aber in dem auf den

3. Februar 1851 Vormittags 11 Uhr anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer hier selbst sich zu melden, widrigfalls gebachte Pfandbriefe durch richterlichen Spruch ganzlich amortisiert, in den Landschaftsgerichten und den Hypothekenbüroen gelöscht, und wenn selbiges späterhin auch wieder zum Vorschein kommen sollten, dennoch weder durch Zahlung an Kapital oder Zinsen, noch durch Auszeichnung von Zinskupons honorirt, vielmehr den Extrahenten des Aufgebots an die Stelle der also amortisierten neuen Pfandbriefe werden ausgefertigt und ausgereicht werden.

Extrahent: B. Schmid'sche Buchhandlung (F. G. Kremer).

Bei Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2, sind zu haben:

Die sämtlichen Agrar-Gesetze von 1850, mit Ergänzungen und Erläuterungen aus den älteren Segebern unter besondere Verücksichtigung der Provinz Schlesien. S. Münsterburg. Preis 7½ Sgr.

Glockenalladun 8.

Auf Antrag der unten benannten Extrahenten werden die nachstehend verzeichneten schlesischen Pfandbriefe zum Zweck der günstigen Amortisation derselben nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung Th. I Art. 51 § 126, 127 hiermit öffentlich aufgeboten und die etwaigen unbekannten Individuen derselben daher aufgefordert, mit ihren Ansprüchen daran bis zum 31sten Februar 1850, spätestens aber in dem auf den

3. Februar 1851 Vormittags 11 Uhr anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer hier selbst sich zu melden, widrigfalls gebachte Pfandbriefe durch richterlichen Spruch ganzlich amortisiert, in den Landschaftsgerichten und den Hypothekenbüroen gelöscht, und wenn selbiges späterhin auch wieder zum Vorschein kommen sollten, dennoch weder durch Zahlung an Kapital oder Zinsen, noch durch Auszeichnung von Zinskupons honorirt, vielmehr den Extrahenten des Aufgebots an die Stelle der also amortisierten neuen Pfandbriefe werden ausgefertigt und ausgereicht werden.

Extrahent: B. Schmid'sche Buchhandlung (F. G. Kremer).

Bei Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2, sind zu haben:

Die sämtlichen Agrar-Gesetze von 1850, mit Ergänzungen und Erläuterungen aus den älteren Segebern unter besondere Verücksichtigung der Provinz Schlesien. S. Münsterburg. Preis 7½ Sgr.

Glockenalladun 8.

Auf Antrag der unten benannten Extrahenten werden die nachstehend verzeichneten schlesischen Pfandbriefe zum Zweck der günstigen Amortisation derselben nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung Th. I Art. 51 § 126, 127 hiermit öffentlich aufgeboten und die etwaigen unbekannten Individuen derselben daher aufgefordert, mit ihren Ansprüchen daran bis zum 31sten Februar 1850, spätestens aber in dem auf den

3. Februar 1851 Vormittags 11 Uhr anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer hier selbst sich zu melden, widrigfalls gebachte Pfandbriefe durch richterlichen Spruch ganzlich amortisiert, in den Landschaftsgerichten und den Hypothekenbüroen gelöscht, und wenn selbiges späterhin auch wieder zum Vorschein kommen sollten, dennoch weder durch Zahlung an Kapital oder Zinsen, noch durch Auszeichnung von Zinskupons honorirt, vielmehr den Extrahenten des Aufgebots an die Stelle der also amortisierten neuen Pfandbriefe werden ausgefertigt und ausgereicht werden.